

## Ein deutscher Krieg

Wer gegen den Kosovo-Krieg war, sah sich dem rabiaten Vorwurf ausgesetzt, einem Völkermord tatenlos zusehen zu wollen oder gar zu leugnen, daß sich im Kosovo etwas abspielt, was diesen Namen verdient. Um dieser Gefahr zu entgehen, argumentierten Kriegsgegner vor allem mit den vorgeblichen Interessen der NATO, der USA und Europas, manchmal auch Deutschlands. Dann wurde ihnen vorgeworfen, ihnen seien die Opfer egal. Und sie antworteten damit, daß für die NATO schließlich das gleiche gelte. Kriegsbefürworter und Kriegsgegner sind allerdings auch quer zu ihrer Haltung zum Krieg gespalten. Für die einen war der Krieg ein Fiasko für die NATO (einige freuen sich darüber, andere weniger), für die anderen war er der Durchbruch einer neuen Weltordnung, die sich seit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus abgezeichnet hatte, mithin das endgültige Ende der Nachkriegszeit (und wieder freuen sich einige, andere sind entsetzt). Nur wenige fanden, daß die eine Option der anderen nicht widerspricht. So auch Robert Kurz, der dafür plädierte, „auf scharfe Distanz zu jeder Parteilichkeit zu gehen und die ganze Konstellation mit ihren falschen Alternativen zu verwerfen.“<sup>22</sup> Einig waren sich fast alle – auch Kurz – hingegen darin, daß es sich bei diesem Krieg nicht um einen deutschen Krieg handeln konnte, selbst wenn man (positiv wie negativ) in Rechnung stellte, daß der Legitimationsgewinn für des neuen Deutschlands von allen beteiligten Staaten am größten ist – jedenfalls im Verhältnis zum minimalen Risiko, daß die Bundesregierung eingehen konnte. Aber daß dieser Krieg ein deutscher Krieg war, von seinen Voraussetzungen bis zu seinem Ende, das darf und kann nicht sein, auch nicht für Kurz: „Weder zwingt ein übermächtiger US-Imperialismus etwa der BRD

seine spezifischen Interessen auf, noch ziehen umgekehrt deutsche Außenminister den US-Koloß über den Tisch. Vielmehr ist es der dumpfe Drang, die ausufernde Krise des warenproduzierenden Weltsystems weltpolizeilich einzudämmen.“ Nun widerlegt das Argument des Krisenvollzugs keineswegs das Argument, es gebe auch dessen Vollstrecker. Außer bei Kurz, wo „der dumpfe Drang“ zum Subjekt avanciert. Wo jedoch strukturelle Determinanten selbsttätig agieren, trägt auch die Analyse alle Züge einer Zwanghaftigkeit, die nur dann wahr wäre, wenn es keine Kritik an ihr mehr geben würde. Die in Teilen der radikalen Linken offenbar ernsthaft geführte Diskussion über die Rolle der USA und das Verhältnis Deutschland-Europa ist selbstverständlich absurd. Nicht weniger absurd ist es jedoch, sich auf eine Kritik der „Ökonomie der Ausgrenzung“ zu beschränken, in denen die Charaktermasken der Politik zu *unfreiwilligen* Vollstreckern des Kapitalverhältnisses werden. Denn letztlich gibt es immer noch die Entscheidung zwischen mehr oder weniger grausamen Konsequenzen aus Sachzwängen, die nichtsdestotrotz selbst ideologisch sind und sich nicht unmittelbar aus dem aktuellen Zustand der Wertvergesellschaftung ergeben. So sehr Kurz mit seiner allgemeinen Analyse der globalen „Überlebenskonkurrenz“ richtig liegen mag – in dieser Allgemeinheit erledigt sie jedoch die mörderische ideologische Komponente des Krieges, indem sie aus der Irrationalität des Vollzuges das Ende des Nationalen ableitet: „Die national zentrierten territorialen Imperien und ‘Einflußzonen’ haben ausgedient.“ Es gibt folglich nur noch ein Problem: „Der westliche Kapitalismus weigert sich natürlich auf ganzer Linie, das globale Scheitern seines Gesellschafts-systems einzugestehen.“ Man stelle sich vor, wie Clinton, Schröder, Blair usw. auf dem Kölner G8-Gipfel ihr Scheitern eingestehen: „Sorry, folks, es hat nicht sollen sein.“ Objektiv mag der westliche Kapitalismus gescheitert sein, nur einsehen wollen es offenbar nur wenige. Deren politische Macht jedoch kommt nach wie vor aus den Gewehrläufen. So sehr

Kurz gegen jene Kriegsbefürworter zuzustimmen ist, die im Krieg gegen Jugoslawien eine Schlacht der Aufklärung gegen die Barbarei sehen wollen, so wenig reicht seine Analyse aus, um die – selbstverständlich nicht auf den Balkan beschränkte – Wiederkehr völkischer Mordlust zu erklären; schließlich kann sie nicht einmal als bloße Widerspiegelung der kapitalistischen Krisenlogik gelten. Deswegen lohnt es, einen genaueren Blick auf diesen Krieg als einen deutschen zu werfen.

Schon die Rechtfertigung des Krieges, er wäre geführt worden, um einen Völkermord zu verhindern oder zu beenden, ist ein erster Hinweis auf Deutschland: Nur in einem moralischen Krieg konnte es Deutschland gelingen, militärisch wieder auf den Plan zu treten. Das heißt aber auch: So einfach kann man sich der Frage, ob es sich bei dem Geschehen im Kosovo um einen Völkermord handelte oder nicht, nicht entziehen, genauer: der Frage, warum ein Bürgerkrieg, der schon immer die grausamste Form des Krieges ist, nun Völkermord heißen sollte. Der Bürgerkrieg schien entschieden, als die NATO-Angriffe begannen: die UCK hatte verloren, und die jugoslawische Armee machte sich daran, die letzten Stützpunkte der Separatisten auszuheben. Daß das Vorgehen von jugoslawischer Armee und serbischen Milizen sich nicht von dem anderer Gewalthaufen unterschieden haben wird, die in einem nationalistischen Konflikt zum Einsatz kommen, darf angenommen werden. Die NATO ist aber nun nicht angetreten, um einen grausamen Bürgerkrieg zu beenden – das hätte ein Mindestmaß an Neutralität und Vermittlungsbemühung vorausgesetzt, wie dies beim Dayton-Vertrag über Bosnien-Herzegowina noch (auf Druck der USA gegen Deutschland, das schon damals lieber Krieg wollte) der Fall war –, sondern einen „Völkermord“. Ein zweites Dayton aber konnte es nicht geben, weil Deutschland dieses Mal Krieg führen wollte. Und deswegen mußte der Vergleich zu Auschwitz her, darunter hätte es keine Zustimmung für eine deutsche Beteiligung gegeben. Er-

staunlich ist in der Tat, daß die Völkermordrhetorik geglaubt wurde – nicht obwohl, sondern weil es keine Beweise gab. Nicht einmal im nachhinein langten die gefundenen Massengräber zu einem Vergleich mit dem Krieg in Bosnien aus. Als Kriegsminister Rudolf Scharping am 30. April 1999 eingestehen mußte, daß die von ihm vorgelegten „Beweise“ für ein serbisches Massaker an kosovo-albanischen Zivilisten in Rogova Ende Januar 1999, schon wenige Tage später von Reuters veröffentlicht worden waren und keineswegs Zivilisten, sondern UCK-Kombattanten zeigten (weshalb diese Bilder damals auch verschwanden), berief er sich erneut auf Bilder und Zeugenaussagen, die nur ihm zugänglich seien, und legte dem dann doch leicht düpierten Journalisten nahe, daß die Infamie der Mörder doch gerade darin bestünde, keine Beweise für ihr Tun zu hinterlassen<sup>23</sup>. Daß es nun ein Massengrab für die Opfer eines Massakers geben soll, das eingestandenermaßen so nicht stattgefunden hat, bestätigt es: Der wohlfeile Satz „Die Wahrheit stirbt zuerst“ war die beste Propagandalüge dieses Krieges. Deswegen wird er ein ums andere Mal von Leuten wiederholt, die Wahrheit sowieso für unwahr halten, weil es für sie, um mit Nietzsche zu sprechen, keine Fakten, sondern nur Interpretationen gibt. Die vorgeblich kritische Distanz zum Geschehen, die sich in diesem Satz ausdrückt, ist nichts anderes als genau das Maß an Abgebrühtheit, die man braucht, um ununterbrochen über Konzentrationslager, Deportationen, Völkermord reden zu können, ohne befürchten zu müssen wegen der mehr als dürftigen Beweislage zur Rechenschaft gezogen zu werden. Aber genau darum geht es: Es braucht keine Beweise mehr, wenn von Auschwitz die Rede ist. Wer Beweise fordert, steht im Verdacht, Auschwitz leugnen zu wollen. Und weil Auschwitz heute in Serbien liege, leugneten alle, die das bezweifeln, auch Auschwitz. Der Grund dieser totalen Verkehrung liegt in der gerade in der deutschen Achtundsechziger Linken so beliebten Kritik an den Westalliierten: Anstatt Auschwitz zu bombardieren, hätten sie mit

dem Bombenterror auf deutsche Städte viele Unschuldige getötet.<sup>24</sup> Die Unterstellung ist, daß die Alliierten den Krieg nicht wegen Auschwitz führten, sondern weil sie eigene Interessen durchsetzen wollten, wie es dann in der BRD und der DDR der Fall gewesen sei. Im allgemeinen folgte dieser Darstellung eine antiamerikanische Tirade gegen die Reeducation und gegen Hollywood, verbunden mit Hinweisen auf den Völkermord an den Indianern und dem Satz „Jedes Land hat seinen Holocaust“. So wurde „Holocaust“ zu einem beliebigen dunklen Fleck der nationalen Geschichtsschreibung. Aber es geht noch weiter: Wären die Alliierten früher gegen Deutschland vorgegangen, hätten sie doch wahrscheinlich vor einer ähnlichen Situation gestanden wie die NATO heute im Kosovo. Sie hätten nicht genau wissen können, ob es sich um einen Völkermord handelte und gleichwohl deswegen präventiv gehandelt. Dieser Vergleich braucht keine Begründung mehr: hier handeln Moralisten. Sie führen Krieg nicht aus niederen materiellen Beweggründen, sondern für die Menschenrechte, gegen jedes potentielle Auschwitz. Man will nie wieder „Nie wieder“ sagen müssen.

„Die serbischen Schreckenstaten unterscheiden sich von denen der Nazis grundlegend nur durch die geringeren Dimensionen ... Die Serben beabsichtigen nicht die totale Vernichtung eines ganzen Volkes, wie die Nazis es bei den Juden versucht haben. Aber auch die Serben verfolgen ein eliminatorisches Projekt, um ganze Landstriche zu ‘säubern’.“ Da gibt es nur eine Konsequenz: „Wie bei Deutschland und Japan ist auch hier die militärische Niederwerfung, Besetzung und Neugestaltung der politischen Institutionen eine moralische und praktische Notwendigkeit.“<sup>25</sup> Als Daniel J. Goldhagen, der Autor dieser Zeilen, in seinem Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ die BRD ob ihrer demokratischen Errungenschaften lobte, konnte man dieses befremdliche Lob noch damit erklären, daß er den Unterschied zwischen der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft und der deutschen Nach-

kriegsgesellschaft herausstellen wollte. Als er jedoch nach seiner Studie über „die ganz normalen Deutschen und den Holocaust“ eine „vergleichende Studie über Völkermorde im zwanzigsten Jahrhundert“ ankündigte, wurde klar, daß es ihm bei all seiner Beschäftigung mit Völkermord um nichts anderes die Affirmation der bürgerlichen Demokratie geht – was angesichts dessen, daß sie als einziges Form der politischen Souveränität übrig geblieben ist, kein besonders gelungenes Kunststück ist. Folglich gibt es für ihn schon beim leisesten Anzeichen für Völkermord keine Alternative zum sofortigen Handeln: „Die Kosten der Untätigkeit in einer Welt, in der mörderische Potenzen ihre haßerfüllten Völker in genozidale Angriffskriege führen, sind so hoch, daß selbst jene, die skeptisch gegenüber dem Einsatz der NATO sind, sehen müssen, daß es keine andere moralische Option als das endgültige militärische Niederwerfen der Völkermörder unserer Tage gibt.“ So sah es auch Habermas. Er tat, wozu Schröder, Scharping, Fischer auch unter Aufbietung all ihrer geistigen Kapazität nicht in der Lage wären und lieferte die theoretische Begründung des Krieges nach. Die hervorstechendste Qualität seines in Anlehnung an Carl Schmitt mit „Bestialität und Humanität“<sup>26</sup> überschriebenen Textes ist, daß er die neue Welt-sicht der Berliner Republik mit schonungsloser Offenheit darlegt: Am 24. März 1999 begann der permanente Krieg zur Durchsetzung der Menschenrechte, und Deutschland ist endlich Teil der Koalition gegen die „Hitler“ der Peripherie geworden. Habermas läßt in seiner nicht nur sprachlich vollendet ideologisierten Apologie des Krieges jedes Reflexionskriterium selbst der positivistischen Wissenschaft zur Makulatur werden; die Distanz zum Politischen, Voraussetzung jeder Kritik, fehlt ebenso wie Unterscheidung zwischen Fakten und Propaganda. Die Bedingungen des Abkommens von Rambouillet, die nicht unterschreiben konnte, weil sie das Ende Jugoslawiens bedeutet hätten, gehorchen für Habermas „denselben makellosen (!) Prinzipien, nach denen das Dayton-Ab-